

# Nebroner Anzeiger

## für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Amthliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nedra a. N.

Nr. 42.

Nedra, Mittwoch, 25. Mai 1898.

11. Jahrgang.

### Das neue deutsche und bayerische Militärstrafverfahren.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom Freitag der vom Reichstage angenommenen Militärstrafprozess-Reform seine Zustimmung erklärt, so daß diese nun für das ganze Reich einschließlich Bayern Gesetz wird. Die bayerischen Abgeordneten aller Parteien haben dagegen gestimmt, weil nach ihrer Ansicht die neue Militärstrafprozess-Ordnung gegen das in Geltung befindliche Gesetz in Bayern eine Verschlechterung bedeutet.

Es muß anerkannt werden, daß sich den Anforderungen der modernen Rechtspflege und jenen der militärischen Disziplin gleichzeitig schwer entsprechen läßt. Trotzdem und soweit dies überhaupt möglich war, ist dies in dem neuen Gesetz geschehen. Aber auch von bayerischer Seite ist die Reformbedürftigkeit der bayerischen Militärstrafprozess-Ordnung nicht verkannt worden. Für Kriegszeit sind beispielsweise die diese ganz ungeeignet. Die Zusammenlegung der Bezirksgerichte kann in Kriegszeit nicht aufrecht erhalten werden, und ebenso kann in denselben die Einrichtung der Militärstrafbehörden nicht durchgeführt werden. Es muß aber im Kriege die Disziplin des Heeres gebildet, wenn man nur für Friedenszeiten die Gerichte mit besonderen Angehörigen der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit hinlänglich unteilbar, die man im Feld begünstigen außer Stande ist. Die neue einheitliche Reichs-Strafgerichts-Ordnung schafft diesen unzulässigen Unterschied nach für Bayern aus der Welt. In Friedenszeiten hat die Einrichtung der Besondereinstanz, die in Bayern durchgeführte ist, in militärischen Kreisen vielfache Gegnerchaft gefunden. Ihre jetzige Erziehung durch Schöffengerichte ist als ein wesentlicher Fortschritt zu betrachten, der auch in Bayern im Kreise aller Sachverständigen anerkannt werden wird. Auch in bezug auf die Ständigkeit der Besetzung der Gerichte hat Bayern keinen Grund, mit der neuen Regelung unzufrieden zu sein. Es ist gelegentlich aufzutreten haben, bei dem Standgericht im vorderen für die Dauer eines Jahres, beim Kriegsgesicht und Oberkriegsgesicht für dieselbe Frist nach einer Kommandirung - Rolle und beim Reichs-Militärgericht auf die Dauer von zwei Jahren kommandirt werden, während beispielsweise bei den bayerischen Militär-Schwurgerichten die Zusammenlegung der Geschworenen-Bank immer nur von Fall zu Fall erfolgt. Die rechtsgelehrten Richter sind ebenso auf Lebenszeit angestellt und unantastbar wie bei den bürgerlichen Gerichten, und der an sich für militärische Einrichtungen wichtige und wohlbedachte Grundgedanke des Reichstagsbeschlusses vorzugsweise durch Standesgenossen ist im Reichsgerichte besser und einheitlicher durchgeführt als im bayerischen Verfahren.

Auch in bezug auf die Frage der Verteilung ist für Bayern ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Der § 95 der bayerischen Militärstrafprozess-Ordnung bestimmt: „Gerichtlich hat die Vernehmung beschuldigte Gerichte bei einer auf ein militärisches Verbrechen oder Vergehen gerichteten Verurteilung die Zulassung eines Verteidigers aus dem Einkreise dem militärischen Interesse für nachtheilig, so kann es im Verweilungsbeschlusse die Wahl eines solchen Verteidigers unterliegen.“ Hieraus kam also in Bayern jeder Rechtsanwalt und jeder Reichsverteidiger von der Verurteilung ausgeschlossen werden. Nach der Reichs-Militärstrafprozess-Ordnung ist das für alle diejenigen Rechtsanwälte, die von der obersten Militär-Justizverwaltung ernannt sind, nicht zulässig.

Was die Frage der Unabhängigkeit der Gerichte, der Mindestfrist und der Unmittelbarkeit des Verfahrens sowie der freien Beweiswürdigung betrifft, so ist sie in dem neuen Reichsgerichte zurückerkennend gelöst. § 15 Absatz 1 legt ausdrücklich: „Die erkennenden Gerichte sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen“, und § 302 ordnet an, daß über das Ergebnis der Beweiswürdigung das Gericht nach seiner freien, aus dem Anknüpfung der Verhandlung geschöpften Ueberszeugung zu ent-

scheiden hat. Die Frage der Oeffentlichkeit des Verfahrens ist im Reichsgerichte mindestens ebenso entgegenkommend gelöst, wie in der bayerischen Strafprozessordnung. Nach der letzten, Artikel 137 ff., ist der Zutritt zur Hauptverhandlung nur erwachsenen männlichen Personen gestattet; die Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung kann auch dann ausgeschlossen werden, wenn besondere militärische Interessen diese Maßregel notwendig erscheinen lassen, doch daß dies abdam nicht ausgeschlossen werden, werden der Beschädigte und drei Verwandte, Verlobte oder Freunde des Angeklagten, wenn dieser deren Anwesenheit wünscht. Es heißt dann weiter nachfolgend: „Von militärischen Interessen ist ausnahmsweise abgesehen, wenn in Artikel 138 gestattete Beförderung der Oeffentlichkeit durch nicht angeordnet erscheint, wenn nach Befehlshaber des Falles zu belegen sich, daß durch die öffentliche Verhandlung der Sache die militärische Standeshöhe und das Ansehen des Standes irgendwie eine Beeinträchtigung oder Gefährdung erleiden können.“

### Politische Rundschau.

#### Dem spanisch-amerikanischen Kriege.

\* Die spanische Atlantik-Flotte ist in der cubanischen Gewässern eingetroffen; zwei amerikanische Schiffe, welche Santiago de Cuba beschießen, zogen sich scheinbar zurück.

\* Ueber die Verwundung amerikanischer Jäger in der Osthälfte durch spanische Kriegsschiffe wird folgendes berichtet: Ein aus Montreal (Kanada) am Donnerstag dateres Telegramm meldet, neue Kriegsschiffe, von denen man glaubt, daß sie spanische seien, passiren am genannten Tage die Küste von Neu-Scotland (Ostküste im Nordosten). Man glaubt, daß die Schiffe die Erde und Säen der umliegenden Küste Amerikas angreifen werden. Damit korrespondiert eine Depesche der New Yorker Evening World aus Washington, wonach Marineattaché Long die Nachricht erhalten haben soll, daß spanische Geschwader nähere sich der Osthälfte.

\* Der Senat nahm eine gemeinsame Resolution an, nach welcher Hilfskreuzerkräfte zur See organisiert werden sollen, welche die Zahl von 3000 Mann nicht überschreiten und eine innere Vertheidigungslinie bilden sollen.

\* Die spanische Rebell heißt jetzt das Verhalten des Gouverneurs von Song-fu, weil derselbe den amerikanischen Schiffen gestattet, sich selbst zu verproviantieren, und weil er die Absicht der Intendanten nicht unterlag. Ebenso wundert man sich über das Verhalten Englands, welches dem nicht entgegensteht, daß die Amerikaner das cubanische Aebel zerhackten.

\* Der deutsche Kreuzer „Geier“ ist in Cadix angekommen. Das Schiff hat bei der Einfahrt in den Hafen den vorläufigen Verlust erlitten. Auf dem Befehl des Kommandanten Korvettenkapitän Jacobson an Land und stützte dem Generalgouverneur Marschall Blanco sowie dem General Manterola und den Präsidenten der cubanischen Regierung Gabus Besuche ab. Die drei Besuche verliefen sehr freundlich und dauerten längere Zeit. Die bayerischen Behörden erwiderten die Besuche des Kommandanten alsbald.

#### Deutschland.

\* Aus Anlass ihrer Einweihung am Sonntag sind den beiden kirchlichen Säulen des Kaiser-paars, Prinzen Friedrich Wilhelm und Grottel-Friedrich, vom Kaiser von Oesterreich und dem Sultan hohe Ehrenabzeichen überreicht worden.

\* Zu Ehren der Annahmehelb des Prinzen europäisch in Peking geben die dortigen europäischen Gesandten Feste, an denen der Prinz teilnimmt. Am Donnerstag hat Prinz Heinrich eine Visite nach der großen chinesischen Kaiserpalast angetreten und gedankt von dort aus am Montag wieder in der chinesischen Hauptstadt einzuweisen.

\* Der Bundesrat hat am Freitag die Resolution des Reichstages zu dem Reichshausgesetz für 1898 und zu den Vertionen wegen Abänderung des Militärstrafgesetzbuchs dem Reichstagsratern beginn, den zuständigen Ausschüssen

übermitteln. Die Militärstrafgerichts-Ordnung mit ihren Nebengesetzen wurde in der Sitzung des Reichstages beschlossene angenommen.

\* Im Reichsamt des Innern trat am Freitag eine Anzahl von Sachverständigen betreffend die Frage des Verweilungsbeschlusses zusammen, um mehrere den Reichsverwaltungswort betreffende Fragen lediglicher Natur zu erledigen. Ueber die Veröffentlichung des Verweilungsbeschlusses ist zur Zeit noch keine Bestimmung getroffen.

\* Die in der preussischen Armee seit dem 1. April eingeführte Veränderung in der Benennung der Sanitäts-Offiziers-Gehärgen ist in gleicher Weise auch für die bayerische Armee angeordnet worden.

\* Den Mitglieder der Schutztruppe für Kamerun, die im Dezember 1895 und im Februar 1896 die Expeditionen gegen die Niambeis-Missionen haben, wird dieser Gehalt nach dem 1. November d. J. als Kriegsjahr angerechnet.

\* Oesterreich-Ungarn. \* Durch Erlass des Kriegsministeriums wurden 38 Reserveoffiziere in Graz ihrer Offiziersgehälter verlustig erklärt. Sie hatten sich im November vorigen Jahres an dem Reichsbegräbnisse des bei den Demonstrationen gegen Kaiser Franz Joseph I. getöteten Arbeiters Ritter beteiligt. Die Gemeingehalten haben in der Mehrzahl als gemeine Soldaten weiter zu dienen.

\* Der Gemeinde-Ausschuss von Braun nahm einhellig einen Tringlichkeitsantrag an, wonach die Gemeindevertretung gegen die von den Fischern verlangte Erhöhung einer 1886 erteilten Ueberfischerei in Braun eingehendliche Verhandlung einlegt.

\* Frankreich. \* Es scheint immer wahrscheinlicher, daß der Zola-Prozess in der nächsten Zeit nicht zur Verhandlung kommen wird. Wie verlautet, werden Zola und Verriex nach Eröffnung der Sitzung die neue Klageerhebung für ungesetzlich und unzulässig erklären, und da der Gerichtshof ungesetzlich diesen Einpruch als unangebracht ablehnen wird, werden sie sofort die Möglichkeit beschreiben zu erheben und den Gerichtshof verlassen. Die Anhebung der Möglichkeit beschreiben hat aufhebende Wirkung, der Prozeß müßte also in diesem Falle verlagert werden, bis der Kassationshof über die Beschwerde entschieden hat.

\* England. \* Der (am Himmelsturztag eingetretene) Tod Gladstones hat das britische Reich mit allgemeiner Trauer erfüllt. Die Zeitungen aller Parteien sind des Lobes für den Verstorbenen voll und selbst die gegnerischen Blätter preisen seinen Patriotismus und Gerechtigkeitsinn als vorbildlich. Der Witwe Gladstones sind von der Königin, dem Prinzen von Wales und den übrigen Mitgliedern des Königshauses warm getriebene Beileidschreiben zugegangen.

\* Italien. \* Die Lage in Italien ist noch immer kritisch, so daß die einberufenen Konferenzen nicht, sobald nicht einlassen werden können. König Humbert hat in Anerkennung der an den Seiten mehrerer Armeekorps veranfaßten Vorkämpflichkeit zum Behen der bedürftigen Familien der zu den Waffen wiedererweckten Mannschaften dem Kriegsminister 100 000 Franc überweisen als Beitrag seiner Liebe und der künftigen Familie. Auch die Regierung hat beschlossen, die genannten Familien ihrerseits zu unterstützen; die bezüglichen Maßregeln sind bereits in Vorbereitung.

\* Spanien. \* Das neue Ministerium Sagasta hat sich konstituiert; die Mitglieder leisteten am Freitag der Rede des Premiers.

\* Balkanstaaten. \* In einem Handbuche an den Sultan verpicht der Zar, nicht auf der Sandbank der Pringen Georg zu bestehen, ohne jedoch dieselbe fallen zu lassen. Den Mächten soll die Entscheidung überlassen bleiben. Der Zar verpicht ferner dem Sultan die würdige Freundschaft.

\* Griechenland bezahlt seine Schulden. Am Mittwoch ist die erste Einzahlung aus den für den Schuldenzins verpflichteten Staatsrenten im Betrage von 300 000 Drachmen geleistet worden.

\* Die Räumung der Heilands von der türkischen Besatzungsarmee vollzieht sich in programmatischer Weise. Die erste und zweite Zone ist bereits vollständig geräumt und wieder von griechischen Truppen besetzt.

#### Afrika.

\* Aus Sidabrika werden bevorstehende neue Kämpfe im Maginabe gemeldet. Die Regierung von Transvaal hat von dem König Duma für die Ermordung des Hauptlings namens Jobaba Rechenschaft verlangt. Duma forderte, daß Offiziere aus Transvaal und den englischen Besatzungen zum Kommando sollten, um seine Unterstützung des Bortals entgegenzunehmen. Darauf ist die Transvaalregierung den Duma nach Bremersdorf vor, Duma weigerte sich aber zu erweichen. Darauf sind 300 bewaffnete Dugheres in Swaziland eingedrungen. — Wie aus weiteren Berichten hervorgeht, hatte König Duma seine Mutter mit großem Gefolge nach Bremersdorf geschickt, die sich als verantwortlich für den ganzen Vorkall anbot. Doch konnte der Kommandir der südafrikanischen Republik die „Selbstenttaltung“ nicht als genügend anerkennen.

#### Asien.

\* Die Räumung von Wei-Sai-Mei seitens der japanischen Truppen hat am Dienstag begonnen und sollte am 23. d. beendet sein.

#### Fahrad-Ordnung für Preußen.

Der Entwurf einer neuen Fahradordnung für Preußen ist jetzt vom Minister des Innern dem Vorhau des deutschen Reichstages zur Begutachtung übermitten worden. Dieser Entwurf einer Fahradordnung über den Verkehr mit Fahrrädern auf öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen umfasst 15 Paragraphen, deren erster als Grundprinzip bestimmt, daß die für den Fahrdverkehr geltenden Vorschriften auf allen öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen sinngemäß Anwendung finden, soweit nicht in den folgenden Paragraphen andere Bestimmungen getroffen sind. Aus den weiteren Anordnungen ist hervorzuheben: Die Regenergie-Behörden sind befugt, den Verkehr mit Fahrrädern auf bestimmten Fußwegen, zu denen auch die Gassenbahnstrecken gehören, zu untersagen, bezüglichen des Verkehrs bestimmter Wege, Straßen und Plätze mit Fahrrädern oder bestimmten Arten von Fahrrädern ganz oder zeitweilig zu untersagen. Verkehr auf öffentlichen Straßen bedürfen besonderer Genehmigung. Jedes Fahrrad muß mit sicher wirkender Rembrandvorrichtung und Glocke versehen sein. Auf den Gehalt eines polizeilichen Lokalbauten ist jeder Radfahrer verpflichtet, erfüllt anzuhalten und abzugeben. Nichtig ist der § 15 der Verordnung, welcher bestimmt: Es müssen sich sich führen und den Aufsichtsbauten auf Verlangen vorzeigen: 1) Radfahrer, die in Preußen ihren Wohnsitz haben, eine auf ihren Namen lautende, von der zuständigen Behörde des Wohnortes ausgestellte, auf die Dauer eines Kalenderjahres gültige Radfahrkarte. Für Personen unter 14 Jahren erfolgt die Ausstellung auf Antrag des Vaters, Vormundes oder sonstigen Gemahlers; 2) Radfahrer, die ihren Wohnsitz außerhalb Preußens in einem Staat haben, in dem Radfahrkarten gleicher oder ähnlicher Art vorzulegen sind, eine nach den dortigen Bestimmungen gültige Radfahrkarte; 3) Radfahrer, die weder in Preußen noch in einem unter 2 genannten Staate ihren Wohnsitz haben, einen unterzeichneten gültigen Ausweis ihrer Person. Unterzeichneten, die das Fahrrad dienstlich benutzen, bedürfen einer Radfahrkarte oder sonstigen Ausweises nicht. Ein Nummerierungsplan ist nicht vorgeschrieben. Der Vorstand des D. N. B. wird nach beschiedene Feiner, oder weltentliche Verbesserungen in Vorschlag bringen.

#### Frankreich.

Der Entwurf einer neuen Fahradordnung für Preußen ist jetzt vom Minister des Innern dem Vorhau des deutschen Reichstages zur Begutachtung übermitten worden. Dieser Entwurf einer Fahradordnung über den Verkehr mit Fahrrädern auf öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen umfasst 15 Paragraphen, deren erster als Grundprinzip bestimmt, daß die für den Fahrdverkehr geltenden Vorschriften auf allen öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen sinngemäß Anwendung finden, soweit nicht in den folgenden Paragraphen andere Bestimmungen getroffen sind. Aus den weiteren Anordnungen ist hervorzuheben: Die Regenergie-Behörden sind befugt, den Verkehr mit Fahrrädern auf bestimmten Fußwegen, zu denen auch die Gassenbahnstrecken gehören, zu untersagen, bezüglichen des Verkehrs bestimmter Wege, Straßen und Plätze mit Fahrrädern oder bestimmten Arten von Fahrrädern ganz oder zeitweilig zu untersagen. Verkehr auf öffentlichen Straßen bedürfen besonderer Genehmigung. Jedes Fahrrad muß mit sicher wirkender Rembrandvorrichtung und Glocke versehen sein. Auf den Gehalt eines polizeilichen Lokalbauten ist jeder Radfahrer verpflichtet, erfüllt anzuhalten und abzugeben. Nichtig ist der § 15 der Verordnung, welcher bestimmt: Es müssen sich sich führen und den Aufsichtsbauten auf Verlangen vorzeigen: 1) Radfahrer, die in Preußen ihren Wohnsitz haben, eine auf ihren Namen lautende, von der zuständigen Behörde des Wohnortes ausgestellte, auf die Dauer eines Kalenderjahres gültige Radfahrkarte. Für Personen unter 14 Jahren erfolgt die Ausstellung auf Antrag des Vaters, Vormundes oder sonstigen Gemahlers; 2) Radfahrer, die ihren Wohnsitz außerhalb Preußens in einem Staat haben, in dem Radfahrkarten gleicher oder ähnlicher Art vorzulegen sind, eine nach den dortigen Bestimmungen gültige Radfahrkarte; 3) Radfahrer, die weder in Preußen noch in einem unter 2 genannten Staate ihren Wohnsitz haben, einen unterzeichneten gültigen Ausweis ihrer Person. Unterzeichneten, die das Fahrrad dienstlich benutzen, bedürfen einer Radfahrkarte oder sonstigen Ausweises nicht. Ein Nummerierungsplan ist nicht vorgeschrieben. Der Vorstand des D. N. B. wird nach beschiedene Feiner, oder weltentliche Verbesserungen in Vorschlag bringen.

#### England.

Der Entwurf einer neuen Fahradordnung für Preußen ist jetzt vom Minister des Innern dem Vorhau des deutschen Reichstages zur Begutachtung übermitten worden. Dieser Entwurf einer Fahradordnung über den Verkehr mit Fahrrädern auf öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen umfasst 15 Paragraphen, deren erster als Grundprinzip bestimmt, daß die für den Fahrdverkehr geltenden Vorschriften auf allen öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen sinngemäß Anwendung finden, soweit nicht in den folgenden Paragraphen andere Bestimmungen getroffen sind. Aus den weiteren Anordnungen ist hervorzuheben: Die Regenergie-Behörden sind befugt, den Verkehr mit Fahrrädern auf bestimmten Fußwegen, zu denen auch die Gassenbahnstrecken gehören, zu untersagen, bezüglichen des Verkehrs bestimmter Wege, Straßen und Plätze mit Fahrrädern oder bestimmten Arten von Fahrrädern ganz oder zeitweilig zu untersagen. Verkehr auf öffentlichen Straßen bedürfen besonderer Genehmigung. Jedes Fahrrad muß mit sicher wirkender Rembrandvorrichtung und Glocke versehen sein. Auf den Gehalt eines polizeilichen Lokalbauten ist jeder Radfahrer verpflichtet, erfüllt anzuhalten und abzugeben. Nichtig ist der § 15 der Verordnung, welcher bestimmt: Es müssen sich sich führen und den Aufsichtsbauten auf Verlangen vorzeigen: 1) Radfahrer, die in Preußen ihren Wohnsitz haben, eine auf ihren Namen lautende, von der zuständigen Behörde des Wohnortes ausgestellte, auf die Dauer eines Kalenderjahres gültige Radfahrkarte. Für Personen unter 14 Jahren erfolgt die Ausstellung auf Antrag des Vaters, Vormundes oder sonstigen Gemahlers; 2) Radfahrer, die ihren Wohnsitz außerhalb Preußens in einem Staat haben, in dem Radfahrkarten gleicher oder ähnlicher Art vorzulegen sind, eine nach den dortigen Bestimmungen gültige Radfahrkarte; 3) Radfahrer, die weder in Preußen noch in einem unter 2 genannten Staate ihren Wohnsitz haben, einen unterzeichneten gültigen Ausweis ihrer Person. Unterzeichneten, die das Fahrrad dienstlich benutzen, bedürfen einer Radfahrkarte oder sonstigen Ausweises nicht. Ein Nummerierungsplan ist nicht vorgeschrieben. Der Vorstand des D. N. B. wird nach beschiedene Feiner, oder weltentliche Verbesserungen in Vorschlag bringen.

#### Italien.

Die Lage in Italien ist noch immer kritisch, so daß die einberufenen Konferenzen nicht, sobald nicht einlassen werden können. König Humbert hat in Anerkennung der an den Seiten mehrerer Armeekorps veranfaßten Vorkämpflichkeit zum Behen der bedürftigen Familien der zu den Waffen wiedererweckten Mannschaften dem Kriegsminister 100 000 Franc überweisen als Beitrag seiner Liebe und der künftigen Familie. Auch die Regierung hat beschlossen, die genannten Familien ihrerseits zu unterstützen; die bezüglichen Maßregeln sind bereits in Vorbereitung.

#### Spanien.

Das neue Ministerium Sagasta hat sich konstituiert; die Mitglieder leisteten am Freitag der Rede des Premiers.

#### Balkanstaaten.

In einem Handbuche an den Sultan verpicht der Zar, nicht auf der Sandbank der Pringen Georg zu bestehen, ohne jedoch dieselbe fallen zu lassen. Den Mächten soll die Entscheidung überlassen bleiben. Der Zar verpicht ferner dem Sultan die würdige Freundschaft.

#### Griechenland.

Griechenland bezahlt seine Schulden. Am Mittwoch ist die erste Einzahlung aus den für den Schuldenzins verpflichteten Staatsrenten im Betrage von 300 000 Drachmen geleistet worden.

#### Räumung der Heilands.

Die Räumung der Heilands von der türkischen Besatzungsarmee vollzieht sich in programmatischer Weise. Die erste und zweite Zone ist bereits vollständig geräumt und wieder von griechischen Truppen besetzt.







# Nebrauer Anzeiger

## für Stadt und Umgegend.

Gratzbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Amthliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 42.

Nebra, Mittwoch, 25. Mai 1898.

11. Jahrgang.

### Das neue deutsche und das bayrische Militärstrafverfahren.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom Freitag der vom Reichstage angenommenen Militärstrafprozess-Novelle seine Zustimmung erteilt, so daß diese nun für das ganze Reich einschließlich Bayern Gesetz wird. Die bayrischen Abgeordneten aller Parteien haben dagegen gestimmt, weil nach ihrer Ansicht die neue Militärstrafprozess-Ordnung gegen das in Geltung befindliche Gesetz in Bayern eine Verschlechterung bedeutet.

Es muß anerkannt werden, daß sich den Anforderungen der modernen Rechtspflege und jener der militärischen Disziplin gleichzeitig schwer entsprechen läßt. Trotzdem und soweit dies überhaupt möglich war, ist dies in dem neuen Gesetz der Fall gewesen. Aber auch von bayrischer Seite ist die Reformbedürftigkeit der bayrischen Militärstrafprozess-Ordnung nicht verkannt worden. Für Kriegsverbrechen beispielsweise ist diese ganz ungenügend. Die Zusammenlegung der Bezirksgerichte kann in Kriegszustand nicht aufrecht erhalten werden, und ebenso kann in denselben die Einrichtung der Militärstrafbehörden nicht durchgeführt werden. Es muß aber im Kriege die Disziplin des Heeres gebildet werden, man muß für Friedenszeiten die Gerichte mit besonderen Eigenschaften der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit künstlich umwickeln, die man im Feld überhaupt außer Stande ist. Die neue einheitliche Reichs-Strafgerichts-Ordnung schafft diesen unzulässigen Zustand auch für Bayern aus der Welt. In Friedenszeiten hat die Einrichtung der Geschworenengerichte, die in Bayern durchgeführt ist, in militärischen Verhältnissen vielfache Gegenstände gefunden. Ihre jetzige Erziehung durch Schöffengerichte ist aus einer weiten Fortschritt zu betrachten, der auch in Bayern im Kreise aller Sachverständigen anerkannt werden wird. Auch in bezug auf die Ständigkeit der Besetzung der Gerichte hat Bayern keinen Grund, mit der neuen Regelung unzufrieden zu sein. Es ist gelegentlich auf die Dauer eines Jahres, beim Kriegsgesetz und Oberkriegsgesetz für dieselbe Frist nach einer Kommandante - Rolle und beim Reichs- Militärstrafgesetz auf die Dauer von zwei Jahren kommandiert werden, während beispielsweise bei den bayrischen Militär- Schwurgerichten die Zusammenlegung der Geschworenengerichte - Bank immer nur von Fall zu Fall erfolgt. Die rechtsgewöhnlichen Richter sind ebenso auf Lebenszeit angeheftet und unaförderbar wie bei den bürgerlichen Gerichten, und der an sich für militärische Einrichtungen wichtige und wohlbedachte Grundtatbestand des Reichsfindens vorzugsweise durch Stabesgenerolen ist im Reichsgeleze besser und einheitlicher durchgeführt als im bayrischen Verfahren.

Auch in bezug auf die Frage der Verteilung ist für Bayern ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Der § 95 der bayrischen Militärstrafprozess-Ordnung bestimmt: „Gericht hat die Vernehmung beschuldigter Gerichte bei einer auf ein militärisches Verbrechen oder Vergehen gerichteten Vorlage die Zulassung eines Verteidigers aus dem Blicklande dem militärischen Interesse für nachsteht, so kann es im Vernehmungsbefehle die Wahl eines solchen Verteidigers unterliegen.“ Hiernach kam also in Bayern jeder Rechtsanwalt und jeder Rechtsanwalt von der Verteilung ausgeschlossen werden. Nach der Reichs- Militärstrafprozess-Ordnung ist das für alle diejenigen Rechtsanwälte, die von der obersten Militär-Justizverwaltung ernannt sind, nicht zulässig.

Was die Frage der Unabhängigkeit der Gerichte, der Mündlichkeit und der Immunität des Verfahrens sowie der freien Beweiswürdigung betrifft, so ist sie in dem neuen Reichsgeleze zurückerstehend gelöst. § 15 Absatz 1 sagt ausdrücklich: „Die erkennenden Gerichte sind unabhängig und nur dem Geleze unterworfen“, und § 302 ordnet an, daß über das Ergebnis der Beweisaufnahme das Gericht nach seiner freien, aus dem Anbegriff der Verhandlung geschöpften Ueberszeugung zu entscheiden hat. Die Frage der Offenlichkeit des Verfahrens ist im Reichsgeleze minderbekannt ebenso entgegen dem Geleze, wie in der bayrischen Strafprozess-Ordnung. Nach der letzten, Artikel 137 ff., ist der Zutritt zur Hauptverhandlung nur erwachsenen männlichen Personen gestattet; die Offenlichkeit der Hauptverhandlung kann auch dann ausgeschlossen werden, wenn besondere militärische Interessen diese Maßregel notwendig erscheinen lassen, doch daß es abdam nicht ausgeschlossen werden der Beschädigte und drei Verwandte, Verlobte oder Freunde des Angeklagten, wenn dieser deren Anwesenheit wünscht. Es heißt dann weiter nördlich: „Von militärischen Interessen ist auszunehmen. Hiernach ergibt sich, daß die in Artikel 138 gestattete Beschränkung der Offenlichkeit auch dann angelegt erscheint, wenn nach Befehlshaber des Falles zu belegen sich, daß durch die öffentliche Verhandlung der Schaden die militärische Standeshöhe und das Ansehen des Standes irgendwie eine Beeinträchtigung oder Gefährdung erleiden könnten.“

übernehmen. Die Militärstrafgerichts-Ordnung mit ihren Besonderen wurde in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse angenommen. Im Reichskammern des Innern trat am Freitag eine Anzahl von Sachverständigen betreffende Fragen lediglicher Natur zu erörtern. Ueber die Veröffentlichung des Gesetzentwurfs ist zur Zeit noch keine Bestimmung getroffen. Die in der preussischen Armee seit dem 1. April eingeführte Veränderung in der Benennung der Sanitäts- Offiziers- Gängen ist ebenfalls in gleicher Weise auch für die bayrische Armee angeordnet worden.

### Politische Rundschau.

#### Dem spanisch-amerikanischen Kriege.

\* Die spanische Atlantik-Flotte ist in der cubanischen Gewässern eingetroffen; zwei amerikanische Schiffe, welche Santiago de Cuba beschießen, zogen sich schamlos zurück.

\* Ueber die Verhinderung amerikanischer Jäger in der Ostküste durch spanische Kriegsschiffe wird folgendes berichtet: (Ein aus Montreal (Kanada) vom Donnerstag dateres Telegramm) wobei, neue Kriegsschiffe, von denen man glaubt, daß sie spanische seien, passieren am genannten Tage die Küste von Neu-Schottland (Halbinsel im Nordosten). Man glaubt, daß die Schiffe die Küste und Säden der atlantischen Küste Amerikas angreifen werden. Damit harmonisiert eine Depesche der New Yorker „Evening World“ aus Washington, wonach Marineoffizier Long die Nachricht erhalten haben soll, daß spanische Geschwader nähere sich der Ostküste.

\* Der Senat nahm eine gemeinsame Resolution an, nach welcher Hilfskreuzerkräfte zur See organisiert werden sollen, welche die Zahl von 3000 Mann nicht überschreiten und eine innere Vertriebungslinie bilden sollen.

\* Die spanische Flotte taucht häufig das Verhalten des Gouverneurs von Hongkong, weil derselbe den amerikanischen Schiffen gestattet, sich selbst zu verproviantieren, und weil er die Absicht der Intendanten nicht unterläßt. Ebenso wird dem Verhalten Englands entgegengetreten, daß cubanische Abenteurer in Gauderna eingedrungen sei der Einfahrt in den mexikanischen Kanal. (Sicht Kommandant Korvetten-Land und flatterte dem Schiff Blanco sowie dem dem Präsidenten der Galax Welchs ab. Der Reichsamt ist nicht. Die bayrischen Behörden des Kommandanten als

\* Aus Anlass dieser sind den beiden kaiserlichen paars, Prinzen von Gieles-Friedrich Oesterreich und dem abgehenden überland von

\* Zu Ehren der Prinz Heinrich in Petio europäische Gelandeten Welt teilnahm. Am Geleze eine Welt nach fischen Maner an Bord aus am Montag in Hauptstadt einzutreffen.

\* Der Bundesrat Resolution des Reichstages hatsetzt seit 1898 und Abänderung des Militärstrafgesetzbuchs beginn

übernehmen. Die Militärstrafgerichts-Ordnung mit ihren Besonderen wurde in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse angenommen. Im Reichskammern des Innern trat am Freitag eine Anzahl von Sachverständigen betreffende Fragen lediglicher Natur zu erörtern. Ueber die Veröffentlichung des Gesetzentwurfs ist zur Zeit noch keine Bestimmung getroffen. Die in der preussischen Armee seit dem 1. April eingeführte Veränderung in der Benennung der Sanitäts- Offiziers- Gängen ist ebenfalls in gleicher Weise auch für die bayrische Armee angeordnet worden.

\* Die in der preussischen Armee seit dem 1. April eingeführte Veränderung in der Benennung der Sanitäts- Offiziers- Gängen ist ebenfalls in gleicher Weise auch für die bayrische Armee angeordnet worden.

\* Der Graf des Kriegsministeriums wurden 38 Reserveoffiziere in Graz ihrer Offizierscharge verlustig erklärt. Sie hatten sich im November vorigen Jahres an dem Reichstagsgebäude bei den Demonstrationen gegen die Militärstrafgesetzgebung beteiligt. Die Gemeindeführer haben in der Weizsäcker als gemeine Soldaten weiter zu gehen.

\* Der Gemeinde-Ausschuss von Brunn nahm einhellig einen Dringlichkeitsantrag an, wonach die Gemeindeverwaltung gegen die von den Fischern verlangte Erziehung einer Fischerei-Unterrichtsanstalt in Brunn entsprechende Veranordnung einlegt.

#### Frankreich.

\* Es scheint immer wahrscheinlicher, daß der Zola-Prozess in der nächsten Zeit nicht zur Verhandlung kommen wird. Wie verlautet, werden Zola und Verriest nach Eröffnung der Sitzung die neue Klageerhebung für ungesetzlich und unzulässig erklären, und da der Gerichtshof ungesetzlich diesen Einpruch als unangebracht ablehnen wird, werden sie sofort die Möglichkeit sich zu vertheidigen annehmen und den Gerichtsamt verlassen. Die Anhebung der Möglichkeitserhebung hat auf sich selbst die Wirkung, der Prozess müßte also in diesem Falle verlagert werden, bis der Kassationshof über die Beschwerde entschieden hat.

#### England.

\* Der (am Himmelsturztag eingetretene) Tod Lord Russells hat das britische Reich mit allgemeiner Trauer erfüllt. Die Zeitungen aller Parteien sind des Lobes für den Verstorbenen voll und selbst die gegnerischen Blätter preisen seinen Patriotismus und Gerechtigkeitsinn als vorbildlich. Der Witwe Gladstones sind von den Königen, dem Prinzen von Wales und den übrigen Mitgliedern des königlichen Hauses Beilegen.

noch immer Metropolit den können. Aber an den älteren Familien Namen Franz über der künftigen unterfüßen; teils in Ver-

Sagaft a letzten am

en Sultan rambdatur stehen, ohne Den Mächten bleiben. Der e auftrichtige

ist seine der erste Ein- dienlichst Verträge von 100,000 Reichsmark, 9000 Dime und Regenburger sowie 70,000 Stück Brot verzehrt wurden. Das Weiter ließ während der ganzen „Mittnacht“ so viel zu wünschen übrig; sonst würde es wohl kaum diese noch nicht begonnene Dauer erreicht haben.

### Infanteriegesetz

für die 10. Infanterie-Regiment oder deren Raum 10. Infanterie-Regiment

Infanterie werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

### Afrika.

\* Aus Ostafrika werden bevorstehende neue Kämpfe im Magalaba-Gebiet. Die Regierung von Transvaal hat von dem König Duma für die Ermordung des Hauptlings namens Jobaba Rechenschaft verlangt. Duma forderte, daß Offiziere aus Transvaal und den englischen Streitkräften zu ihm kommen sollten, um seine Befehle über das Vorgehen entgegenzunehmen. Darauf ist die Transvaalregierung den Duma nach Bremsersdorf vor, Duma weigerte sich aber zu erscheinen. Darauf sind 300 bewaffnete Bürger in Swaziland eingedrungen. — Wie aus weiteren Berichten hervorgeht, hatte König Duma seine Mutter mit großem Gefolge nach Bremsersdorf geschickt, die sich als verantwortlich für den ganzen Vorkall anbot. Doch konnte der Kommandir der südafrikanischen Republik die „Selbstentwertung“ nicht als genügend anerkennen.

### Japan.

\* Die Räumung von Wei-Shai-Wei seitens der japanischen Truppen hat am Dienstag begonnen und sollte am 23. d. beendet sein.

### Fahrrad-Ordnung für Preußen.

Der Entwurf einer neuen Fahrradordnung für Preußen ist jetzt vom Minister des Innern dem Vorstand des deutschen Radfahrerbundes zur Begutachtung übermietet worden. Dieser Entwurf einer Radfahrerordnung über den Verkehr mit Radfahrern auf öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen umfasst 15 Paragraphen, deren erster als Grundprinzip bestimmt, daß die für den Radfahrerverkehr geltenden Vorschriften auf öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen sinngemäß Anwendung finden, soweit nicht in den folgenden Paragraphen andere Bestimmungen getroffen sind. Aus den weiteren Anordnungen ist hervorzuheben: Die Radfahrerbehörden sind beauftragt, den Verkehr mit Radfahrern auf öffentlichen Straßen zu regeln, die für den Radfahrerverkehr geltenden Vorschriften auf öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen sinngemäß Anwendung finden, soweit nicht in den folgenden Paragraphen andere Bestimmungen getroffen sind. Aus den weiteren Anordnungen ist hervorzuheben: Die Radfahrerbehörden sind beauftragt, den Verkehr mit Radfahrern auf öffentlichen Straßen zu regeln, die für den Radfahrerverkehr geltenden Vorschriften auf öffentlichen Straßen, Straßen und Plätzen sinngemäß Anwendung finden, soweit nicht in den folgenden Paragraphen andere Bestimmungen getroffen sind.

ausgehenden Radfahrer bestimmter Wege, Straßen und Plätze mit Radfahrern oder bestimmten Arten von Radfahrern ganz oder teilweise zu unterliegen. Radfahrer auf öffentlichen Straßen bedürfen besonderer Genehmigung. Jedes Fahrrad muß mit sicher wirkender Memmoriierung und Glocke versehen sein. Auf den Gehfuß eines polizeilichen Kontrollbeamten ist jeder Radfahrer verpflichtet, sofort anzuhalten und abzufragen. Wichtige ist der § 15 der Verordnung, welcher bestimmt: Es müssen bei sich führen und den Aufwärtigenbeamten auf Verlangen vorzeigen: 1) Radfahrer, die in Preußen ihren Wohnsitz haben, eine auf ihren Namen lautende, von der zuständigen Behörde des Wohnortes ausgestellt, auf die Dauer eines Kalenderjahres gültige Radfahrkarte. Für Personen unter 14 Jahren erfolgt die Ausstellung auf Antrag des Vaters, Vormundes oder sonstigen Gemeinhalters, 2) Radfahrer, die ihren Wohnsitz außerhalb Preußens in einem Staat haben, in dem Radfahrkarten gleicher oder ähnlicher Art vorzulegen sind, eine nach den dortigen Bestimmungen gültige Radfahrkarte, 3) Radfahrer, die weder in Preußen noch in einem unter 2 genannten Staate ihren Wohnsitz haben, einen anderweitigen genügenden Ausweis ihrer Person. Militärpersonen, die das Fahrrad dienlich benutzen, bedürfen einer Radfahrkarte oder sonstigen Ausweises nicht. Ein Nummerierungszugang ist nicht vorgeschrieben. Der Vorstand des D. R. V. wird nach verschiedener kleinerer, oder wesentlicher Verbesserungen in Vorschlag bringen.

### Von Hah und Fern.

Posten. Der am Freitag hier eingetroffene Finanzminister Dr. v. Muelh ist erkrankt; er hat sich auf der Reise krank erklärt und hier das Bett.

Die diesjährige Session im Reichstagen des Reichstages ist am Sonntag vormittag Punkt 1/2 Uhr geschlossen worden zum geringen Leidwesen von Bundesräten, die um die angegebene Zeit raum- und bedarflos an der verhängten Quelle fanden. Im ganzen floß diese 15 Tage, während deren 850 Schellinger Post zum Abschluß am Montag kamen. Das der Aussicht der Reichstags nicht zu wünschen übrig ließ, beweist, daß nur 110 Mitglieder, 100,000 Reichsmark, 10,000 Reichsmark, 9000 Dime und Regenburger sowie 70,000 Stück Brot verzehrt wurden. Das Weiter ließ während der ganzen „Mittnacht“ so viel zu wünschen übrig; sonst würde es wohl kaum diese noch nicht begonnene Dauer erreicht haben.

